



## Liebe Alfelderinnen und Alfelder,

hier sind wir wieder mit Themen aus der kleinen und großen Politik, die uns als SPD in diesem Jahr beschäftigt haben und auch noch weiter für Gesprächsstoff sorgen werden.

Motiviert durch die Beschlüsse beim Bundesparteitag in Dresden und dem Arbeitsparteitag in Berlin haben wir uns verstärkt den gesellschaftlichen Herausforderungen gestellt.

Die Wirtschaftskrise haben wir in Deutschland scheinbar gut gemeistert. Profitieren davon aber auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

Die Zahl der Arbeitslosen sinkt. Sind die Menschen mit ihren Arbeitsbedingungen zufrieden? Die Demonstrationen in den größeren Städten gegen den Sozialabbau machen deutlich, dass es hier viele Ängste gibt

Auf der anderen Seite wissen wir aber auch, dass es inzwischen auch in unserer Region einen Bedarf an entsprechenden Fachkräften gibt.

Wir müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit unsere jungen Menschen optimale Bildungschancen, gute Ausbildungsmöglichkeiten und entsprechende Arbeitsplätze erhalten.

Positiv werte ich in diesem Zusammenhang, dass die Schulrat-Habermalz-Schule und die Carl-Benscheidt-Realschule demnächst offene Ganztagschulen werden.

Die Chancen der demografischen Entwicklung müssen wir nutzen. Wir wollen dafür sorgen, dass unsere schöne Stadt auch weiterhin als Lebens-, Lern- und Arbeitsort attraktiv bleibt. Eine intakte Infrastruktur gehört dazu.

Ein Beitrag dafür wird die Inbetriebnahme unseres „7-Berge-Bades“ sein. Ich bin davon überzeugt,

dass es nach seiner Fertigstellung breite Zustimmung finden wird.

Mit herzlichen Grüßen  
Ihre

*Waltraud Friedemann*

Waltraud Friedemann  
Stadtverbandsvorsitzende

## Alfelder erwarten „7-Berge-Bad“ mit Spannung

**Erinnern wir uns, 1971 wurde das Hallenbad errichtet. Ursprünglich wollten es Stadt und Landkreis Alfeld gemeinsam errichten. Da man sich aber offensichtlich nicht über die Finanzierung und den Standort einig werden konnte, hat der Landkreis dieses Bad dann im Alleingang auf dem Gelände an der Winzenburger Straße erbaut.**

1995 übernahm die Stadt Alfeld dieses Bad vom Landkreis Hildesheim zu einem symbolischen Kaufpreis von 1,00 DM und einem Zuschuss zu den Betriebskosten von 700.000 DM für drei Jahre.

Nachdem der Landkreis in den Jahren zwischen 1978 bis 1985 über drei Millionen DM für das Bad aufgewandt hatte, musste auch die Stadt Alfeld erhebliche Summen aufwenden, um das Bad am Leben zu erhalten.

Das Freibad wurde bereits Mitte der 30iger Jahre errichtet und laufend den Erfordernissen angepasst. Letztlich war aber der Unterhaltungs- und Modernisierungsaufwand so groß, so dass auch hier etwas Neues geschaffen werden musste.

Der Neubau des Allwetterbades wurde in der Alfelder Bürgerschaft heftig diskutiert. Am 18. Dezember soll es nach einer Bauzeit von 1 ½ Jahren zur Benutzung freigegeben werden. Bereits auf der Alfelder Hobbybörse informierte ein Team des Alfelder Sportamtes über das neue Bad. Die Resonanz der interessierten Besucher war positiv, insbesondere über die niedrigen Eintrittspreise.

Wir sind uns sicher, dass die neue Einrichtung gut angenommen wird und setzen darauf, dass auch die meisten Kritiker „ihren Frieden“ damit machen werden.

Wir möchten an dieser Stelle noch einmal die wesentlichen Entscheidungskriterien in Erinnerung rufen:



■ Beide Bäder waren marode und zwar total. Eine Instandsetzung war aus technischen Gründen ausgeschlossen.

■ Ein Mittelzentrum ohne Schwimmbäder war und ist für uns nicht akzeptabel

■ 50 Meterbecken werden aus energetischen Gründen nicht mehr gebaut, das ist eine Tatsache

■ Der Neubau eines „klassischen“ Freibades - 25 Meterbecken und ein Hallenbad daneben - hätten für viel Geld (8 Mio. €) - eine Verschlechterung gegenüber der bisherigen Situation bedeutet. Im Verhältnis zu anderen Gemeinden wären wir damit zudem „abgeschlagen“.

■ 12 Mio. € für das Allwetterbad sind viel Geld. Trotz vieler Unkenrufe wurde der Kostenplan übrigens im Wesentlichen eingehalten. Für die Mehrkosten von 4 Mio. € gegenüber der zuvor beschriebenen Variante erhalten wir aber auf das Jahr bezogen wesentlich mehr nutzbare Wasserfläche.

■ Die Eintrittspreise sollen nach unseren Vorstellungen mit denen der Einrichtungen um uns herum konkurrieren können.

■ Das neue Bad wird ausgesprochen familienfreundlich sein

Aus all diesen Gründen sind wir davon überzeugt, eine richtige und vor allem zukunftsweisende Entscheidung für unsere Stadt getroffen zu haben.

## Ein Amt und seine Herausforderungen

### Interview mit unserem Bürgermeister Bernd Beushausen

**Alfelder Vorwärts (AV):** Am 10. September 2006 sind Sie als Bürgermeister dieser Stadt bis 2014 gewählt worden. Seinerzeit sind Sie mit dem Slogan angetreten „Zukunft erfolgreich gestalten“. Welche Wahlversprechen haben Sie bereits eingelöst? Wie sieht Ihre Halbzeitbilanz aus?

**Bernd Beushausen (BB):** In den vier Jahren sind wichtige Dinge, die auch zu meinem Wahlprogramm gehört haben, bewegt worden. Wesentlich war es, nach intensiven Verhandlungen das Krankenhaus Alfeld in kompetente Hände zu übergeben. Wir haben es geschafft, das Angebot im Bereich der Kinderbetreuung deutlich zu erweitern. Hierdurch sind in der Stadt 300 Arbeitsplätze gesichert worden. Durch unser finanzielles Engagement an den Sanierungskosten haben wir es erreicht, dass die Aula des Gymnasiums Alfeld weiterhin eine Kultur- und Spielstätte von hoher Qualität in der Region Leinebergland geblieben ist. Schlussendlich ist durch den Bau des 7-Berge-Bades der ganzjährige Bade- und Schwimmbetrieb auch zukünftig sichergestellt. Auf der Hälfte des Weges sind wir meiner Ansicht nach gut vorangekommen. Ich habe keine Angst, dass mir in den verbleibenden vier Jahren meiner Wahlperiode die Arbeit ausgehen wird.

**AV:** Wie man der örtlichen Presse entnehmen konnte, befindet sich die Stadt Alfeld (Leine) offensichtlich in finanziellen Schwierigkeiten. Der Gesamtergebnishaushalt weist ein Defizit von knapp 5 Mio. Euro aus. Wie will die Stadt diese Problemstellung auch für die Zukunft in Griff bekommen?

**BB:** Tatsächlich befinden wir uns in finanzieller Hinsicht in einer prekären Situation. Bemerkenswert ist,

dass knapp die Hälfte des Fehlbeitrages auf die erstmalige Ausweitung von Abschreibungen zurückzuführen ist. Die Abschreibung als finanzieller ausgedrückter Werteverzehr stellt keine reale finanzielle Belastung dar, verschlechtert aber das Haushaltsergebnis erheblich. Ein weiterer Anteil von ca. 1,5 Mio. Euro ist für die Tätigkeiten aufzuwenden, die uns in den vergangenen 15 Jahren vom Bund und vom Land ohne eine entsprechende Gegenfinanzierung zusätzlich aufgelastet wurden. Durch die guten Gewerbesteuererinnahmen der vergangenen Jahre ist es uns immer gelungen, auch diesen Mehraufwand zu kompensieren. Aufgrund der Weltwirtschaftskrise wird dies mittelfristig nicht mehr der Fall sein. Das Motto kann nur lauten, sich auf das Notwendigste zu beschränken.

**AV:** Welche Auswirkungen wird dies auf die Bürgerinnen und Bürger in Alfeld haben? Müssen wir kurzfristig mit Steuer- und Gebührenerhöhungen rechnen? Wird sich das kommunale Angebot in seinem Umfang und seiner Qualität verringern?

**BB:** Bei der im Augenblick unklaren finanziellen Perspektive müssen alle Dinge, sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabeseite, auf den Prüfstand gestellt werden. Entscheidend ist aber, dass sich die Stadt nicht zu Lasten ihrer Bürgerinnen und Bürger kaputt spart. Gebühren für Dienstleistungen, wie

z.B. die Abwasserbeseitigung, müssen immer kostendeckend sein, das schreibt das Gesetz nun mal so vor. Es wird kurzfristig zu entscheiden sein, ob für den bis dato kostenlos zur Verfügung gestellten Winterdienst Gebühren erhoben werden oder dieser auf das gesetzlich notwendige Maß zurückgeschraubt wird.

Wir müssen intelligent konsolidieren und dürfen dabei auch die Bedürfnisse unserer älter werdenden Bevölkerung nicht außer Acht lassen. Insofern kann ich mir z.B. nicht vorstellen, den Stadtbusverkehr ersatzlos einzustellen.

Meine Aufgabe in diesem Prozess wird sein, die Politik zu einem in diesem Sinne konstruktiven Prozess anzuleiten.

**AV:** Die Opposition im Alfelder Rat ist der Ansicht, dass Sie mit einem „aufgeblähten“ Personalhaushalt arbeiten. Wie ist die Entwicklung der Personalkosten aus Ihrer Sicht tatsächlich? Was ist dran an dieser Behauptung?

**BB:** Über diese Aussagen war ich sehr verwundert. Auch die CDU hat in den vergangenen Jahren regelmäßig den Stellenplan, in dem sich die Personalstruktur der Verwaltung ausdrückt, mitgetragen. Die Stadt Alfeld (Leine) befindet sich seit 1995, das Personal betreffend, in einem stetigen Abbau. Über diesen Zeitraum hinweg hat sich die Planstellenzahl effektiv von 240 um 32 auf 208 reduziert. Bemerkenswert ist hierbei, dass in dieser Zeit auch neue Aufgaben, die mit neuem Personal abzuwickeln waren, hinzugekommen sind. Durch diese Form der Konsolidierung sparen wir jährlich seit Mitte der 90er Jahre im Durchschnitt ca. 800.000 € ein. Wesentliche Reduktionen auf der Personalkostenseite werden zukünftig bei gleichbleibenden Aufgaben nicht mehr möglich sein. Wir sind fast am Ende der Fahnenstange angelangt.

**AV:** Das 7-Berge-Bad wird im Dezember eröffnet. Mittlerweile ist es gelungen, für das Gelände des alten



Hallenbades einen Käufer zu finden. Welche Kriterien waren hierfür die entscheidenden?

**BB:** Natürlich muss zuerst einmal der Kaufpreis stimmen. Aus städtebaulicher Sicht war für mich auch ein wesentliches Merkmal, dass dort nicht noch ein weiterer Supermarkt in einer quadratisch, praktischen Bauweise seine Tore öffnet. Der Käufer trägt Gewähr dafür, dass auf dem Gelände ein Dienstleistungsbetrieb errichtet wird, der sich hervorragend in die vorgegebene Situation des Viertels einpasst. Dass zwischen 40 bis 60 neue Arbeitsplätze in Alfeld geschaffen werden, ist sicherlich auch kein schlechtes Ergebnis. Ziel war, den Verkauf unter diesen Bedingungen zeitnah zur Eröffnung des 7-Berge-Bades abzuwickeln. Das haben wir erreicht.

**AV:** Sie haben in der Öffentlichkeit angeregt, eine Namensumbenennung für das Hindenburgstadion durchzuführen. Was hat Sie dazu bewegt?

**BB:** Unsere Stadt hat nach dem 2. Weltkrieg mehrere Persönlichkeiten hervorgebracht, die sich um den sportlichen und auch politischen Bereich mehr als verdient gemacht haben. Warum soll man diese Personen nicht durch Umbenennung des Stadionbereiches ehren? Ich werde daher im I. Quartal des kommenden Jahres dem Rat unter Benennung mehrerer Möglichkeiten die Umbenennung des Hindenburgstadions vorschlagen.

**AV:** Wie aus Presseberichten zu erfahren war, hat das Innenministerium in Hannover unter der Überschrift „Zukunftsvertrag“ auch versucht im Raum Freden - Lamspringe Gemeindefusionen auf den Weg zu bringen - aber ohne Erfolg. Halten Sie eine Neuordnung der Gemeinden im südniedersächsischen Raum für erforderlich? Wie wird sich Alfeld in einem solchen Fall positionieren?



**BB:** Allein der demographische Wandel zwingt uns, um die Handlungsfähigkeit einer kommunalen Infrastruktur aufrecht zu erhalten, in unmittelbarer Zukunft dieses Thema sorgfältig und gründlich analysierend anzugehen. Persönlich bin ich davon überzeugt, dass spätestens in 10 Jahren in ganz Niedersachsen eine andere kommunale Struktur als heute herrschen wird. Bedauerlich ist insofern, dass das Innenministerium mit Herrn Minister Schünemann an der Spitze bis dato seiner Regelungskompetenz nicht in ausreichendem Maße nachgekommen ist. Als Bürgermeister der größten Stadt im Süden des Landkreises Hildesheim mit seinen mittelzentralen Angeboten sehe ich einer solchen Diskussion und möglichen Gesprächen gelassen entgegen.

**AV:** Zum Schluss ein Ausblick in die Zukunft. Welche Ziele haben Sie sich für Alfeld in den nächsten vier Jahren gesetzt?

**BB:** Wichtig wird sein, dass wir unseren finanziellen Handlungsspielraum nicht verlieren. Dies bedeutet, dass ernsthaft mit Unterstützung sämtlicher Parteien und Vereinigungen im Rat das begonnene Konsolidierungsverfahren fortgeführt wird. Es wird zwingend erforderlich sein, im Grundschulbereich eine Schulstruktur zu schaffen, die sicherstellt, dass unsere Kinder auch zukünftig mit hoher Qualität und mit modernsten Bildungsmitteln unterrichtet werden. Gerade für die Eltern, die ihre Kinder nicht an die beiden großen Grundschulen im Kernstadtbereich schicken, ist es notwendig, dass man ihnen aufgrund des demografischen Wandels eine verlässliche Perspektive gibt, wo, wann und mit welchen Qualitäten ihre Kinder zukünftig grundbesucht werden.

**AV:** Wir danken Ihnen für das Gespräch und wünschen auch zukünftig eine glückliche Hand bei der Amtsausübung.

## Landkreis Hildesheim klotzt richtig ran Millionenschwere Investitionen in Alfeld

**Der Landkreis Hildesheim investiert auch in diesem Jahr in Alfeld. Der Einsatz unserer Kreistagsabgeordneten Jürgen Lanclée, Waltraud Friedemann und Harald Schliestedt hat sich gelohnt. Die größte Stadt im Landkreis ist auch in diesem Jahr reichlich bedacht worden.**

Davon profitiert hat auch das Gymnasium. In einem dritten Bauabschnitt wurden 2010 die Bestuhlung, der Theatervorhang und die Beleuchtung erneuert sowie weitere Baumaßnahmen in der Aula getätigt. Wegen außerplanmäßiger Maßnahmen konnte die Sanierung der Garderoben im vorgegebenen Kostenrahmen nicht mehr erfolgen. Diese Maßnahme soll 2011 nachgeholt werden.

Die Gesamtkosten der Baumaßnahme betragen 2,3 Mill. €. Davon entfallen auf den schulisch und nichtschulisch genutzten Außenbereich 1,35 Mio. €. Diesen Kostenblock teilen sich die Stadt Alfeld und der Landkreis je zur Hälfte. 950.000 € für die rein schulisch genutzten Gebäudeteile trägt der Landkreis. Für eine verbesserte Medienausstattung werden Spender gesucht, die einen der 553 Stühle in der Aula für 250 €, „erwerben“ können. Auf einem an dem Stuhl angebrachten Messingschild wird dann der Name des Spenders verewigt. Bis Mitte November wurden 44 Stühle „verkauft“.

Für die Einrichtung des Ganztagsbetriebes baut der Landkreis einen Multifunktionsbereich aus Mitteln des Konjunkturprogramms an das Gymnasium an. Der Anbau erhält drei Nutzungsbereiche: einen Mehrzweckraum, einen Arbeitsbereich für die Hausaufgabenbearbeitung und Kleingruppen sowie die Schulbibliothek. Die Baukosten betragen rund 690.000 €.



Das Alfelder Gymnasium ist für die Ganztagsbetrieb gerüstet.



Das neue Domizil der Volkshochschule: Alles unter einem Dach.

Die neue Mensa wurde bereits eingeweiht. Hierfür wurden 770.000 € angewandt.

Auch die energetische Sanierung der Berufsbildenden Schulen wurde in diesem Jahr mit einem Kostenaufwand von 900.000 € weitergeführt. Die Kosten der Gesamtmaßnahme belaufen sich auf 5.075.000 €.

Die ehemalige Kaufmännische Berufsschule, später Hauptschule

am Antonianger, ist für die Zwecke der Volkshochschule hergerichtet worden. Die Modernisierungsmaßnahmen sind mittlerweile abgeschlossen. Insgesamt hat sich der Landkreis die Umgestaltung 500.000 € kosten lassen.

Auffälligste Modernisierungsmaßnahme ist die Aula, in der 350 Personen Platz finden.

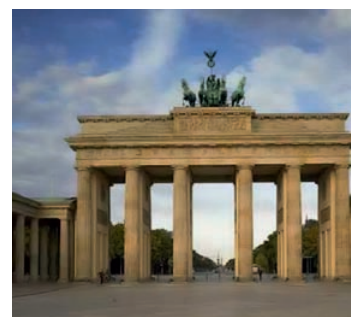
## Berlin ist immer eine Reise wert

**Der SPD-Stadtverband bietet interessierten Mitgliedern und Alfelder Bürgerinnen und Bürgern vom 6. bis 8. Mai 2011 eine Fahrt nach Berlin an.**

Neben einer Stadtführung und Besichtigungen im Bundestag und Bundeskanzleramt sowie einem Besuch im Willy-Brandt-Haus stehen Rundgänge durch das ehemalige Stasigefängnis Hohenschönhausen, das Mauermuseum sowie Informationen über das Maut-System von Toll-Collect und die „Story of Berlin“ auf dem Programm.

Nähere Informationen zum Programm und den Kosten sind im SPD-Büro unter der Telefonnummer 05181 3131 und im Internet unter [www.spd-alfeld.de](http://www.spd-alfeld.de) zu erhalten.

Anmeldungen werden ab sofort entgegen genommen und werden in der Reihenfolge des Eingangs berücksichtigt.



# Ihre Vertreterinnen und Vertreter in der Alfelder SPD-Ratsfraktion

**Sie haben Fragen an die Ratsmitglieder? Sprechen Sie uns an!**

Seit Februar dieses Jahres wird regelmäßig eine Bürgersprechstunde im SPD-Büro in der Kalandstraße 5 angeboten. Einmal im Monat sind je zwei Mitglieder der SPD-Ratsfraktion im Gespräch mit Bürgerinnen und Bürgern aus Alfeld und den Ortsteilen. Machen Sie von unserem Angebot Gebrauch!



**Ralf Ahrens**  
Ausschuss für Feuer- und Umweltschutz  
Grundeigentumsausschuss



**Bernd Glenewinkel**  
Kultur- und Fremdenverkehrs-  
ausschuss  
Ordnungsausschuss  
Planungsausschuss



**Jörg Schaper**  
Kultur- und Fremdenverkehrs-  
ausschuss  
Sportausschuss



**Sabrina Wecke**  
Finanzausschuss  
Kultur und Fremdenverkehrs-  
ausschuss



**Andrea Brodtman**  
Verwaltungs-  
ausschuss  
Jugend- und  
Sozialausschuss  
Schulausschuss



**Gerhard Jäschke**  
Grundeigentums-  
ausschuss  
Ordnungsausschuss  
Sportausschuss



**Harald Schliestedt**  
Bauausschuss  
(Vorsitzender)  
Planungsausschuss



**Ralf Wichmann**  
Jugend- und  
Sozialausschuss  
(Vorsitzender)  
Ausschuss für Feuer-  
und Umweltschutz  
Ordnungsausschuss



**Ralf Denecke**  
Ausschuss für Feuer-  
und Umweltschutz  
Ordnungsausschuss



**Jürgen Landée**  
Verwaltungs-  
ausschuss



**Gerlinde Schwarze**  
Jugend- und Sozial-  
ausschuss  
Schulausschuss



**Wolfgang Wiek**  
Verwaltungs-  
ausschuss  
Bauausschuss  
Finanzausschuss



**Matthias Dietz**  
Finanzausschuss  
Schulausschuss



**Rolf Mönkemeier**  
Planungsausschuss  
(Vorsitzender)  
Sportausschuss



**Günther Springmann**  
Sportausschuss  
(Vorsitzender)  
Verwaltungs-  
ausschuss  
Bauausschuss



**Albert Gerke**  
Grundeigentumsaus-  
schuss  
(Vorsitzender)  
Bauausschuss  
Kultur- und Fremden-  
verkehrs-  
ausschuss



**Walter Fischer**  
Jugend- und  
Sozialausschuss  
Planungsausschuss



**Reinmund Piepho**  
Grundeigentums-  
ausschuss  
Schulausschuss



**Burkhard Thöne**  
Ausschuss für Feuer-  
und Umweltschutz  
(Vorsitzender)  
Finanzausschuss

## Ihre SPD-Kreistagsmitglieder

Sie verschaffen sich in Hildesheim Gehör, wenn es um die Alfelder Interessen im Landkreis geht. Sie achten darauf, dass unsere Stadt zum Beispiel bei der Verteilung der Finanzmittel und der Investitionen "nicht zu kurz kommt"



**Waltraud Friedemann**  
Kreisausschuss;  
Ausschuss für Sicher-  
heit- und Ordnung,  
Schul- und Kultur-  
ausschuss



**Jürgen Landée**  
Verwaltungsrat der  
Sparkasse und im  
Aufsichtsrat der Kreis-  
wohnbau Hildesheim



**Harald Schliestedt**  
Ausschuss für Sicher-  
heit und Ordnung,  
Ausschuss für Bildung,  
Kreisentwicklung, Bau  
und Umwelt



## Interview mit Bernhard Brinkmann, MdB

**Alfelder Vorwärts (AV):** Herr Abgeordneter, seit gut einem Jahr ist die schwarz-gelbe Regierung im Amt und Sie sind in der Opposition. Welches Fazit können Sie bisher ziehen?

**Bernhard Brinkmann (BB):** Nach elf Jahren Regierungsverantwortung ist die Arbeit in der Opposition eine neue Herausforderung, der sich die Fraktion stellen muss – und damit auch ich. Wir haben unter der Führung von Frank-Walter Steinmeier schnell Tritt gefasst. Es ist uns gelungen, die schwarz-gelbe Bunderegierung in allen Politikfeldern zu stellen und praktische Alternativen aufzuzeigen. Diese Regierung – und das beweisen auch die inzwischen konsequent schlechten Umfrageergebnisse – hat bisher versagt. Die Koalition hat ihr eigenes Klientel bedient und ein sozial unausgewogenes Sparpaket beschlossen. Dieser Meinung sind nach neuesten Umfrageergebnissen 66% der Bevölkerung.

**AV:** Wir haben in Europa schneller als erwartet die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise in den Griff bekommen. Worauf führen Sie das zurück?

**BB:** Diese Erfolge – Abbau der Arbeitslosigkeit unter drei Millionen, gutes Wirtschaftswachstum und verbesserte Steuereinnahmen – sind zu einem hohen Prozentsatz auf die Agenda 2010 und die Beschlüsse der Vorgängerregierung zurückzuführen. Die Regelungen bei der Kurzarbeit und den Konjunkturpaketen haben SPD-Minister in der Großen Koalition auf den Weg gebracht. Hiervon hat ja auch die Stadt Alfeld profitieren können.

**AV:** Die schwarz-gelbe Regierung hat gegen die Mehrheit der Bevölkerung die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert. Was sagen Sie dazu?

**BB:** Am 28. Oktober hat die Bundesregierung den mühsam errungenen Atomkonsens aufgekündigt. Das ist ein folgenschwerer Schritt, der ebenfalls gegen die Mehrheit

der Bevölkerung durchgesetzt wurde. Unser Land wird auf dem Weg zur Energiewende weit zurückgeworfen. Die SPD dagegen bleibt nach wie vor beim Atomausstieg. Wer auf Atomenergie setzt, der behindert nicht nur den Ausbau der Erneuerbaren Energien, der behindert auch die eingeleitete Wende zu einer klimaneutralen Energieerzeugung. Außerdem ist die Endlagerfrage für den atomaren Müll weiterhin unklar. Gorleben darf nicht zum Atomklo für die gesamte Republik werden. Es müssen vielmehr Alternativstandorte untersucht werden. Die Landesregierung sieht das ja inzwischen offensichtlich genauso.

**AV:** Den Kommunen steht das Wasser bis zum Hals. Land auf Land ab sind die Haushalte defizitär. Was muss hier geschehen?

**BB:** Es muss sehr schnell zu einer nachhaltigen Reform der Gemeindefinanzierung kommen. Dabei steht nach wie vor die Gewerbesteuer zur Debatte, die CDU/CSU

und FDP abschaffen wollen. Das ist mit der SPD nicht zu machen. Im Gegenteil: Die Gewerbesteuer muss verstetigt werden. Darüber hinaus haben wir bei den Haushaltsberatungen Folgendes beantragt, sind aber an der Mehrheit der Regierungsparteien gescheitert: die Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung um 400 Millionen Euro, eine Erhöhung der Bundesbeteiligung an der Grundsicherung, die Rücknahme der Kürzungen bei der Städtebauförderung. Insbesondere die Mittel für das Programm „Soziale Stadt“ müssen wieder auf das Niveau der Vorjahre angehoben werden. Hierbei handelt es sich um erste Schritte, die zu guter Letzt in ein Gesamtpaket eingepasst werden sollten. Ziel ist es, den Kommunen schrittweise eine dauerhafte jährliche Entlastung von mindestens 5 Milliarden Euro zukommen zu lassen.

**AV:** Welche Themen brennen Ihnen noch unter den Nägeln?

**BB:** Der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn, die weitere Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, die Aufrechterhaltung der Mittel für die Arbeitsmarktförderung, die Reform der Bundeswehr, eine Gesundheitsreform, die nicht nur einseitig die Beitragszahler belastet und eine Finanztransaktionssteuer, die auch die Verursacher der Krise an den entstandenen Kosten beteiligt.

**AV:** Im Jahr 2011 wird Ihnen die Arbeit also nicht ausgehen?

**BB:** Ganz sicher nicht, es gibt viel zu tun – auch noch im ausklingenden 2010. Allerdings werde ich, wie die Bürgerinnen und Bürger in Alfeld und Umgebung hoffentlich auch, die ruhigen Tage um Weihnachten und den Jahreswechsel nutzen, um neue Kraft zu tanken. In diesem Sinne wünsche ich allen frohe und gesegnete Weihnachten sowie einen guten Rutsch in ein erfolgreiches und gesundes neues Jahr.

## Ein Lehrstück in Sachen Haarspalterei

### Volksbegehren klagt gegen Behinderung durch die Landesregierung

Die Alfelder SPD hat in den vergangenen Monaten einige hundert Unterschriften für das „Volksbegehren für gute Schulen“ in der Alfelder Innenstadt gesammelt. Bis heute haben mehr als 170.000 Menschen in ganz Niedersachsen das Volksbegehren für gute Schulen unterschrieben.

Fast vier Monate ließ sich die Landesregierung Zeit, um zu einer Entscheidung über das Volksbegehren zu kommen. Am 21. September 2010 stellte sie dann zwar die grundsätzliche Zulässigkeit fest, verband damit aber eine „Maßgabe“ für das weitere Sammeln von Unterschriften. Diese Maßgabe bedeutet eine massive Behinderung

des Volksbegehrens und stellt darüber hinaus ein Lehrstück in Sachen Haarspalterei dar.

Die Maßgabe betrifft § 3 des von dem Volksbegehren vorgelegten Gesetzesentwurfes, in dem es um die Fortführung der Vollen Halbtagschulen geht. Die Landesregierung argumentiert, dass das Volksbegehren in die Selbstverwaltung der Schulträger eingreife.

Die Initiatoren wehren sich mit ihrer Klage gegen diese Maßgabe und verfolgen das Ziel, das Volksbegehren für uneingeschränkt zulässig zu erklären. In der Klageschrift wird unter anderem argumentiert, dass es kaum möglich sei, Bürgerinnen und Bürgern die von der Lan-

desregierung verlangte komplizierte Fassung des Gesetzentwurfes für das Volksbegehren verständlich zu machen. Nach einer Entscheidung des Staatsgerichtshofes müssen an die Formulierungen eines Volksbegehrens keine allzu hohen Anforderungen gestellt werden, solange nur das Ziel des angestrebten Gesetzes den Bürgerinnen und Bürgern ausreichend deutlich gemacht wird. Die Kläger argumentieren weiter, dass die Landesregierung den Gesetzentwurf unzulässig einschränke: Während das Volksbegehren Grundschulen und Primarbereiche von Förderschulen als Vollen Halbtagschulen erhalten will, reduziert die Maßgabe den Gesetz-

entwurf allein auf die Grundschulen.

Mit dem Einreichen der Klageschrift beim Staatsgerichtshof beginnt für das Volksbegehren gute Schulen die letzte Sechs-Monatsfrist zu laufen. Diese dauert voraussichtlich bis Mai 2011. Gesammelt wird allerdings weiterhin auf den bislang gültigen Unterschriftsbögen. Mit einer Entscheidung des Gerichtes rechnen die Initiatoren nicht vor Mai 2011.

**Die Alfelder SPD wird daher auch in Zukunft weitere Unterschriften für das berechtigte Anliegen der Initiatoren sammeln.**

**Seien auch Sie dabei!**

## CDU/FDP schaffen Stichwahl ab

**Es hat schon was für sich, dass in Niedersachsen in fast jeder Legislaturperiode grundlegende Änderungen an der Kommunalverfassung vorgenommen werden. Das richtet sich in der Regel nach dem jeweiligen Wahlergebnis der vorangegangenen Landtagswahl und der damit verbundenen Zusammensetzung der Landesregierung.**

So haben CDU und FDP in ihrer Koalitionsvereinbarung 2008 unter dem Stichwort „Kommunen“ u. a. vereinbart, durch eine Zusammenfassung der bestehenden Gesetze zu einem einheitlichen Kommunalverfassungsgesetz Vorschriften reduzieren, Dopplungen vermeiden und die ehrenamtlichen Wirkungsmöglichkeiten verbessern zu wollen.

Mit dem Inkrafttreten am 1. November 2011 werden die Niedersächsische Gemeindeordnung und die Niedersächsische Landkreisordnung ausgedient haben. Damit geht eine 150-jährige Tradition zu Ende. Für diesen Bruch mit der Vergangenheit gibt es keine stichhaltige Begründung, mit ihr geht ein Symbol gemeindlicher Selbstverwaltung verloren.

Dass die Anwendung und Handbarkeit des Rechts durch die Zusammenfassung aller Kommunalgesetze für die Ratsmitglieder verbessert würde, ist so ohne weiteres nicht einsichtig.

Zunächst ist festzustellen, dass eine Herabsetzung der ehrenamtlich Tätigen - insbesondere der Ratsfrauen und Ratsherren - stattfindet. Sie werden in dem neuen Gesetz als Vertreterinnen und Vertreter angesprochen und damit es für alle passt, werden Rat, Verwaltungsausschuss und Bürgermeister nivellierend als Vertretung, Hauptausschuss und Hauptverwaltungsbeamter verfremdet. Wir von der Alfelder Vorwärts-Redaktion lassen es uns allerdings nicht nehmen, zum besseren Verständnis auch weiterhin an den altbekannten Begriffen festzuhalten.

Die beschlossene Abschaffung der Stichwahl bei der Wahl der Bürgermeister- bzw. der Landräte lehnt die SPD nach wie vor ab. Der SPD-Landesvorsitzende Wolfgang Lies erklärte dazu auf dem Kommalkongress der SPD am 31. Oktober in Hannover, dass die SPD, falls sie die nächste Landtagswahl gewinne, die Stichwahl wieder einführen werde. So ist es damals in Thürin-

gen gelaufen und so wird es auch in Kürze in NRW passieren. Die Aktion Wahlreform schlägt in diesem Fall die Regelung einer integrierten Stichwahl vor, bei der Hauptwahlgang und Stichwahl zugleich stattfinden. Dies würde auch dem Argument einer geringen Wahlbeteiligung bei der Stichwahl den Boden entziehen.

Die CDU hat in vielen Stichwahlen erleben müssen, dass ihre Kandidaten beim ersten Durchgang vorn lagen, aber bei der Stichwahl „durchgefallen“ sind. Dies soll mit einer Änderung des Wahlrechts unterbunden werden. Eine bloße relative Mehrheit bedeutet nach unserer Auffassung, dass die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen gegen den letztlich gewählten Bewerber gestimmt hat und ein Wegfall der Stichwahl dem Amt des Bürgermeisters oder der Bürgermeisterin nicht gerecht wird. Die jetzige Regelung kann dazu führen, dass ein Kandidat bei einer Vielzahl von Bewerbern oder Bewerberin-

nen mit 15 % der abgegebenen Stimmen gewählt ist. Das kann nicht sein.

Diese Regelung betrifft uns in Alfeld zum jetzigen Zeitpunkt nicht, da die nächste Bürgermeister- bzw. Bürgermeisterinnenwahl erst 2014 ist. Vielleicht ist dann die Regelung aber bereits wieder abgeschafft.

Eine Regelung wird die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt allerdings bereits bei der nächsten Kommunalwahl treffen. Nach Ansicht der SPD gibt es einen Kuhhandel zwischen CDU und FDP. Für die Zustimmung zum Ende der Stichwahl wird die FDP eine Gegenleistung bekommen - und zwar die Vergrößerung der Wahlbereiche. Eine Regelung, die kleinen Parteien zugute kommt. Danach wird es in Alfeld keine vier Wahlbereiche mehr geben, sondern nur einen oder höchstens zwei. Der Rat der Stadt wird nun darüber entscheiden müssen, wie viele Wahlbereiche es zur kommenden Kommunalwahl geben wird.

Wie die Entscheidung ausfällt und wie dann evtl. eine Aufteilung in zwei Wahlbereiche aussehen wird, können Sie voraussichtlich nach der Ratssitzung im Dezember auf unserer Internetseite [www.spd-alfeld.de](http://www.spd-alfeld.de) erfahren.

## Die „Rote Rita“ ist 90

**Im Beisein von zahlreichen Ehrengästen konnte Rita Thorhauer am 20. November 2010 ihren 90. Geburtstag feiern.**



Rita Thorhauer, Mitglied der SPD seit 1976, war von Anfang an aktiv dabei. Von 1981 bis 1986 war sie Bürgerdeputierte im Sozial- und Jugendpflegeausschuss, nach der Kommunalwahl 1986 gehörte sie bis 1996 dem Alfelder Stadtrat an. In dieser Zeit war sie im Kultur- und Fremdenverkehrsausschuss sowie im Schulausschuss tätig.

Über zwölf Jahre hat Rita Thorhauer bis zu ihrem Ausscheiden am 1. April 1992 das SPD-Büro in Alfeld

betreut und war Ansprechpartnerin für SPD-Mitglieder und Alfelder Bürgerinnen und Bürger.

Auch außerhalb ihrer Mandatstätigkeit engagierte sich die gebürtige Alfelderin in verschiedenen Organisationen, insbesondere in der Arbeiterwohlfahrt. Zusammen mit anderen AWO-Mitgliedern gründete sie 1984 das Café Frohsinn, in dem sie heute noch aktiv an erster Stelle mitwirkt.

Als Mitglied im Verein für Heimatkunde ist ihr die Ausgestaltung des Fillerturms eine Herzensangelegenheit. Außerdem ist sie als Stadtführerin tätig.

Für ihre besonderen Verdienste erhielt Rita Thorhauer 1997 das Bundesverdienstkreuz und 2005, eine ganz seltene Auszeichnung, die Willy-Brandt-Medaille der SPD.

Wir gratulieren an dieser Stelle nachträglich ganz herzlich und wünschen dem Ehepaar Thorhauer noch viele gemeinsame Jahre.

**Der SPD-Stadtverband  
und die SPD-Ratsfraktion  
Alfeld (Leine)  
wünschen allen  
Mitbürgerinnen und Mitbürgern  
ein gesegnetes Weihnachtsfest  
und ein gesundes und  
glückliches Jahr 2011**

[www.spd-alfeld.de](http://www.spd-alfeld.de)

## Regen- und Hochwasserschutz für Föhrste

**Drei Regenrückhaltebecken, ein Bahndurchlass, Kanalquerverbindungen sowie Graben- und Vorfluterpflege bilden das Herzstück des Konzepts.**

**Über 25 Jahre beschäftigt den Ort Föhrste das Thema Regen- und Hochwasserschutz. Aber auch schon vorher hat Föhrste das Wasser nicht in Ruhe gelassen. Durch die topographische Lage von Föhrste mit Erhebungen auf der einen Seite und der Leine auf der anderen Seite des Ortes sind diese Probleme vorprogrammiert gewesen. Die Problematik wird zudem durch die bauliche Erweiterung des Ortes in Flächen der umliegenden Erhebungen und der damit verbundenen Versiegelung sowie des vorhandenen Bahndamms, dessen Bahndurchlässe in den vergangenen 40 Jahren verschlossen worden sind und der gleichzeitig als Staudamm wirkt, noch verschärft.**

Extrem von schweren Unwettern wurde Föhrste heimgesucht am 24. Juli 1983, am 13. Mai 1993 und zuletzt am 3. Juli 2008. Waren es früher nur Hochwasser, welche von der Leine ausgingen, sind es heute starke Niederschläge (Unwetter), welche Bodenmassen aus den umliegenden Hängen in Bewegung setzen. Bisher konnte noch keine Abhilfe oder Minderung geschaffen werden. Bereits nach dem ersten schweren Unwetter 1983 wurde versprochen, etwas zu tun. Auch 1993 wurde diese Aussage getroffen. Immer wieder wurde seitens des Ortsrates ein Planungskonzept gefordert. In Eigeninitiative wurden zahlreiche Gespräche mit Fachäm-

tern und der Verwaltung geführt, mit dem Ziel, das Problem zu lösen. In den letzten Jahren hat man im Stadtgebiet und in ersten Ortsteilen angefangen, Regenrückhaltebecken (RRB) zu bauen. Dies wurde zu meist im Zusammenhang mit anderen Baumaßnahmen wie z.B. der Ortsdurchfahrt Hörsum erstellt.

Letztendlich wurde seit 2007 das Thema richtig angefasst, mit der Aufnahme des Konzeptes in den Investitionshaushalt für 2009. Aber die Aktualität mit dem Unwetter im Juli 2008 machte es dringend erforderlich, dass die Gelder für das zu erstellende Konzept bereits für 2008 bereitgestellt wurden, so dass dieses im Herbst 2009 vorlag. Erfah-

rungswerte, welche man mittlerweile durch die gebauten RRB in anderen Ortsteilen gemacht hatte, konnten natürlich in das Konzept mit eingebracht werden. In einer öffentlichen Informationsveranstaltung wurde das Ergebnis den Föhrster Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt.

Vorgesehen sind drei RRB. Eins oberhalb des Möricks, eins an der Alfelder Straße in der Nähe des Schimmeck und eins in der Heidegrunder Straße am Ende der Bebauung. Außerdem ist ein Bahndurchlass im Bereich des RRB Schimmeck / Alfelder Straße geplant. Dritter großer Punkt ist die Erweiterung des Kanalsystems mit einer neuen

Leitung vom Schimmeck zum neuen Bahndurchlass.

Die Lösungen sollen aufeinander abfolgend umgesetzt werden. Die Umsetzung wird 5-10 Jahre dauern. Es wird zwischenzeitlich immer wieder nach Bedarf angepasst. Mit den betrieblichen Maßnahmen ist mittlerweile begonnen worden.

Erfreulich ist, dass sämtliche in den vergangenen 25 Jahren seitens des Ortsrates vorgetragenen Lösungsmöglichkeiten mit in das Konzept eingeflossen sind. Durch die gute Vorarbeit von Föhrster Ortsbürgermeistern und SPD Ratsfraktion, ist es gelungen, dieses wichtige Konzept umzusetzen.



Föhrste, Heidegrunder Straße

## Die AfA formiert sich neu

**Henning Blum führt Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) im SPD-Unterbezirk Hildesheim**



Der SPD-Unterbezirksvorsitzende Bernhard Brinkmann gratulierte dem geschäftsführenden AfA-Vorstand mit dem Vorsitzenden Henning Blum und seinen drei Stellvertretern, Jürgen Johannsen, Barbara Baron und Jens Bartels (von links).

In einer vom SPD-Unterbezirksvorsitzenden und Bundestagsabgeordneten Bernhard Brinkmann einberufenen „AfA-Unterbezirkskonferenz“ wurde die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) vor knapp 90 teilnehmenden SPD-Mitgliedern im überfüllten Torhaussaal des Hildesheimer Gewerkschaftshauses wiedergegründet.

Zum Vorsitzenden wurde der 1. Bürgermeister der Stadt Hildesheim und Vorsitzende des Bosch-Be-

triebsrates, Henning Blum, gewählt. Er setzte sich in einer Kampfabstimmung mit 47 zu 40 knapp gegen seinen Gegenkandidaten, den SPD-Landtagsabgeordneten Markus Brinkmann, durch.

Aus Alfeld wurden Sören Rekel und René Stelzer-Scholz zu Beisitzern gewählt.

In seiner Antrittsrede zeigte der neu gewählte Vorsitzende Blum seine Ziele auf. Er wolle, so Blum, dass sich die SPD auf breiter Ebene bei



Der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Brandner referierte bei der AfA-Tagung zum Thema „Gute Arbeit – guter Lohn“.

den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen in den Betrieben der Industrie, im Handel und Gewerbe, in den Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen sowie in den Ämtern der Behörden wieder mehr Gehör verschafft. „Ich möchte, dass unsere Stammwähler wieder die SPD wählen und wir ihnen auch eine politische Heimat bieten“, so Blum. Dabei spiele die AfA in Zukunft eine wichtige Rolle. Man werde wieder mehr in die Betriebe gehen und

sich die realen Bedingungen am Arbeitsplatz ansehen. Der neue Vorstand solle mit einem breit angelegten Netzwerk dabei vordenken, planen und organisieren. In diese Überlegungen sollen auch Rentner, Arbeitslose und die betroffenen Familien einbezogen werden. Man müsse besonders bei den arbeitenden Menschen wieder mehr Vertrauen schaffen und den Weg in die SPD ebnen.

# Was macht eigentlich Günter Schwarze?

## Der mittlerweile 81-jährige Günter Schwarze gehört zu den Urgesteinen der Kommunalpolitik in Alfeld.

Günter Schwarze war Ratsmitglied im Gemeinderat sowie dem Ortsrat Brunkensen von 1961 bis 2001. Er war Bürgermeister von 1968 bis 1974 und Ortsbürgermeister bis 2001. Für seine Verdienste wurde Günter Schwarze 2001 zum Ehrenortsbürgermeister ernannt. Von 1974 bis 2001 war er ebenfalls Mitglied im Alfelder Stadtrat und auch stellvertretender Bürgermeister der Stadt Alfeld. Außerdem gehörte er für lange Jahre dem Kreistag an. Zunächst in Holzminden (die damals noch selbstständige Gemeinde Brunkensen gehörte bis zur Gemeindereform 1974 zum Landkreis Holzminden) und danach im Kreistag des Landkreises Alfeld bis zu seiner Auflösung 1977. Wir haben ihn in seinem Haus in Brunkensen besucht und ihm einige Fragen gestellt.

**Alfelder Vorwärts (AV):**  
Herr Schwarze, wie fühlen Sie sich als Kommunalpolitiker im Ruhestand? Juckt es Ihnen nicht manchmal in den Fingern, hin und wieder in der Kommunalpolitik noch mitzumischen?



nicht vernarbt sind. Wahrscheinlich lag es aber auch daran, dass man die Bürgerinnen und Bürger, wie so oft, nicht rechtzeitig und ausreichend in die politischen Absichten mit einbezogen hat. Rückblickend bin ich aber der Auffassung, die „Agenda 2010“ war der Grundstein für den jetzigen wirtschaftlichen Aufschwung.

**AV:** Die Wahlperiode in den Kommunen neigt sich ihrem Ende zu, am 11. September 2011 wird auch in Alfeld ein neuer Stadtrat und in Brunkensen der Ortsrat neu gewählt. Nun hat die Alfelder SPD-Ratsfraktion von dem, was sie bei der Kommunalwahl 2006 versprochen, auch einiges erfüllt. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die Errichtung des 7-Berge-Bades und die Rettung des Alfelder Krankenhauses. Was sollte nach Ihrer Meinung noch bis zum 11. September 2011 erledigt werden und was wäre nach Ihrer Meinung die wichtigste Aufgabe für den neu gewählten Stadtrat?

**GS:** Sicher gäbe es viele Wünsche, das hängt aber alles von den finanziellen Rahmenbedingungen ab. Ich gehe davon aus, dass für den neu gewählten Stadtrat der Investitionsstau im Straßen- und Wegebau sowie die Sanierung der Abwasserbeseitigung eine wichtige Rolle spielen werden.

**AV:** Was wünschen Sie sich zur Kommunalwahl am 11. September?

**GS:** Dass die SPD im Stadtrat ihre absolute Mehrheit verteidigt und im Ortsrat Brunkensen wieder zurückgewinnt. Außerdem hoffe ich auf eine hohe Wahlbeteiligung. In den vor uns liegenden Monaten wird es Aufgabe der Parteien, Gruppen und auch der Medien sein, die Bürgerinnen und Bürger zur Abgabe ihrer Stimme zu überzeugen.

**AV:** Was war für Sie rückblickend das wichtigste politische Ereignis? Und für Sie persönlich?

**GS:** Politisch der Kniefall Willy Brandts in Warschau und persönlich die Geburt unseres Urenkels Lennox.

**AV:** Wenn Sie nicht über Politik nachdenken, was machen Sie dann, wie sieht Ihr Tagesablauf aus? Als Rentner hat man bekanntlich viel Zeit.

**GS:** Dass Rentner viel Zeit haben sollen, wird allgemein behauptet, die Wirklichkeit sieht nach meiner Meinung allerdings anders aus. Mein Tag ist ausgefüllt. Ich unterstütze meine Ehefrau bei ihren täglichen Aufgaben und kümmere mich um Haus und Garten. Natürlich bin ich, das klang eingangs bereits an, nach wie vor an dem örtlichen Geschehen interessiert und schaue mir auch einige Dinge an, die in der Stadt gemacht werden.

**AV:** Herr Schwarze, wir danken Ihnen für das Gespräch.

### TERMINE

**Mittwoch, 29.12.2010, 18.30 h**  
SPD-Ortsverein Hörsum lädt ein zum öffentlichen Preisdoppelkopf und Knobeln in das Hotel „Zur Eule“

**Freitag, 21.01.2011, 19.30 h**  
Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Gerzen in der Gaststätte „Glücksgans“

**Dienstag, 08.02.2011**  
Mitgliederversammlung des SPD-Ortsvereins Alfeld und Röllinghausen

**Samstag, 12.02.2011**  
Braunkohlwanderung des SPD-Ortsvereins Alfeld und Röllinghausen

**Dienstag, 22.02.2011**  
Mitgliederversammlung des SPD-Stadtverbandes, als Gast Landesvorsitzender Olaf Lies

**Freitag, 04.03.2011**  
Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Warzen

**Auskünfte zu Veranstaltungen:**  
SPD-Büro Tel. 05181 / 3131 oder [www.spd-alfeld.de](http://www.spd-alfeld.de)



**Mittwoch, 05.01.2011, 19.00 h**  
Vortrag von Erich Behme aus der **AG 60 plus** im Unterbezirk über Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht

**Dienstag, 03.05.2011, 11.30 h**  
**Besichtigung des NDR in Hannover**  
Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, daher ist eine Anmeldung bei der Vorsitzenden der **AG 60 plus** in Alfeld, Gabriele Sievers, unter Tel. 05181 / 4296 erforderlich

Ab 01.02.2011 finden turnus-mäßig jeden 1. Dienstag im Monat Vorstandssitzungen der **AG 60 plus** statt.

## Sie haben Fragen? Wir sind für Sie da

**SPD-Büro Alfeld (Leine), Kalandstraße 5**  
Bürgerbüro Bernhard Brinkmann, MdB  
SPD-Stadtverband Alfeld (Leine) und Ortsvereine im Stadtverband  
**Büroöffnungszeiten:**  
Mo.-Fr. 7.30-11.30 Uhr  
Di. und Do. 14.30-18.00 Uhr

Telefon (0 51 81) 31 31  
Fax (0 51 81) 2 56 23  
Email [info@spd-alfeld.de](mailto:info@spd-alfeld.de)  
Internet [www.spd-alfeld.de](http://www.spd-alfeld.de)

**Herausgeber:**  
SPD-Stadtverband und Ratsfraktion Alfeld (Leine), V.i.S.d.P. Waltraud Friedemann  
**Redaktionsteam:**  
Burkhard Wecke, Dominik Denner  
Kalandstraße 5  
31061 Alfeld (Leine)  
Tel.: (0 51 81) 31 31,  
Fax: (0 51 81) 2 56 23  
[www.spd-alfeld.de](http://www.spd-alfeld.de)  
[info@spd-alfeld.de](mailto:info@spd-alfeld.de)

**Auflage: 10.000 Stück im Stadtgebiet Alfeld (Leine)**